Professor Dr. Herfried Münkler wurde 1951 geboren. Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Philosophie in Frankfurt am Main. 1981 Promotion zum Dr. phil., 1987 Habilitation. Seit 1992 Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen gehören: „Im Namen des Staates. Die Begründung der Staatsraison in der Frühen Neuzeit“ (1987), „Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken“ (1992), „Hobbes“ (2001), „Die neuen Kriege“ (2002) und „Über den Krieg“ (2002).

Adresse des Autors:
Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

„Wir müssen uns von den alten Kriegs- und Friedensvorstellungen verabschieden“

Das Interview mit dem Berliner Politikwissenschaftler und Kriegsanalytiker Herfried Münkler führte CONTUREN-Mitarbeiter Adelbert Reif

„Alle Friedenskonzeptionen, wie sie von der Friedens- und Konfliktforschung entworfen wurden, sind obsolet geworden“, befindet der Politikwissenschaftler Professor Dr. Herfried Münkler. Seit 1992 Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin und - ebenfalls seit 1992 - Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, zählt Münkler nicht zuletzt aufgrund seiner im vergangenen Jahr erschienenen beiden Bücher „Die neuen Kriege“ (Rowohlt) und „Über den Krieg“ (Velbrück) zu den gefragtesten Kriegsanalytikern der Gegenwart. Seinen Thesen kommt vor dem Hintergrund des weltumspannenden Terrornetzes und dem Krieg der USA gegen den Irak besondere Bedeutung zu.

USA-Irak-Krieg

CONTUREN: Herr Professor Münkler, bestand für den USA-Krieg gegen den Irak eine friedensstabilisierende oder sicherheitspolitische „Notwendigkeit“?

MÜNKLER: Das ist eine schwierige Frage. Einerseits könnte man sagen, es gehe den Amerikanern darum zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen in noch mehr Hände geraten, als dies ohnehin schon der Fall ist. Das heißt, dass die Verfügung über militärisch nutzbare Nukleartechnologie sowie über biologische und chemische Kampfstoffe bei einigen wenigen Staaten bleibt, deren institutionelle Arrangements eine gewisse Rationalität im politischen Denken und Handeln gewährleisten. Andererseits gehörte gerade der Irak nicht zu den zerfallenden Staaten jenes Gürtels, der sich von Westafrika über den Nahen Osten und Zentralasien bis nach Indonesien und den Philippinen zieht. Es waren im Irak durchaus staatliche Struktur und Herrschaft vorhanden, wenn auch in einer aus westlich-demokratischer Perspektive alles andere als zivilisiert zu nennenden Form.

Irak gehörte nicht zu den zerfallenden Staaten

Insofern muss die Enthauptung des irakischen Regimes als kontraproduktiv angesehen werden, weil es möglicherweise nicht gelingt, dort eine stabile Ordnung zu etablieren, die bei-

spielhaft für die Region werden könnte und in der Lage wäre, die dort allenthalben zu beobachtenden Modernisierungsblockaden aufzulösen. Die Vereinigten Staaten haben es nämlich – anders als 1945 im Fall Europas – inzwischen verlernt, eine Art „Nachsorge“ für Kriegsfolgen zu betreiben. Damit sind die Folgen eines Krieges gegen den Irak unkalkulierbar. Es könnte zu einer breiten politischen und gesellschaftlichen Destabilisierung der Region, zur Verstärkung von Fundamentalismen und anderem mehr kommen.

„Nachsorge“ für Kriegsfolgen

CONTUREN: Krieg ist – über den aktuellen Fall Irak hinaus – wieder zu einer Herausforderung geworden ist. War der Kalte Krieg, der Zustand permanenter Konfrontation im Ost-West-Konflikt, letztlich eine Art „Garantie“ für eine, wenn auch fragile, „Friedensstabilität“?

MÜNKLER: Im Nachhinein ist man bekanntlich immer klüger. Unser heutiger Blick auf die Zeit des Ost-West-Gegensatzes ist ein anderer als jener, da wir unter den Bedingungen der wechselseitigen nuklearen Geiselnahme gelebt haben. Damals herrschte bei den wohl meisten Menschen der Wunsch vor, diese Struktur möge wegfallen. Verbunden damit war die Vorstellung, die Rückführung von Rüstungsausgaben würde zur Heraufkunft einer friedlicheren Welt führen. Dies hat sich jedoch als Denkfehler erwiesen. Denn genau das charakterisiert ja die neuen Kriege, dass sie billige Kriege sind. Ihre Akteure handeln nach dem Prinzip, Krieg muss den Krieg ernähren und machen aus dem Krieg ein Geschäft.

„Kalter Krieg“: Wechselseitige nukleare Geiselnahme

Krieg als Geschäft

Das symmetrische System der Dipolarität, das den Kalten Krieg kennzeichnete, zwang beide Seiten, ihre technologischen Potenzen in die Aufrüstung zu investieren. Das machte sowohl Kriegsvorbereitungen als auch Kriegsverhinderungen immer teurer. Zugleich aber wurden private Kriegs- und Gewaltakteure in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt über ein System von Anerkennung und Alimentierung unter Kontrolle gehalten. Die nunmehr globalen privatwirtschaftlichen Strukturen eröffnen Gewaltunternehmern die Chance, Gewalt zu verkaufen und zu bewirtschaften.

Neue Chancen für „Gewaltunternehmer“

CONTUREN: Krieg lohnt sich also wieder?

MÜNKLER: Die Friedensvorstellungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der westlichen Welt politisch hegemonial wurden, beruhen im Prinzip auf einer Kombination von Industrie und Handel plus Demokratie. Es war die Vorstellung, dass wirtschaftsrationales Handeln allen Beteiligten vor Augen führt, Krieg lohne sich nicht und dass der demokratische Mechanismus dafür Sorge trägt, diese Einsicht auch in die politische Spitze zu tragen. Der berühmteste Text dieser Art, nämlich Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ beruht genau auf dieser Kombination. Auf der Grundlage einer ökonomischen Gesamtbilanz innerhalb des Staates war klar, dass Kriege unrentabel sind, dass sie mehr kosten als sie einbringen.

Wenn es nun aber möglich ist – was die neuen Kriege kennzeichnet –, dass Einzelne auftreten und Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren, dann ändert sich die Situation grundlegend. Und darin besteht das Geschäft der Warlords: Sie führen einträgliche Kriege, vergeben für einige Zeit Bohrlizenzen, Schürflizenzen, verkaufen Rauschgift, Diamanten, Gold, Frauen, was auch immer und ziehen sich nach ein oder zwei Jahrzehnten aus ihren Geschäften zurück, um zu privatisieren, während verwüstete Landschaften zurückbleiben. Damit ist diese fundamentale Voraussetzung, nach der Kriege sich nicht lohnen, hinfällig geworden.

Das Geschäft der Warlords

CONTUREN: Würden Sie soweit gehen zu sagen, dass die neuen Kriege in wesentlichen Zügen den zunehmend aggressiver geführten Kämpfen auf den Wirtschaftsmärkten folgen?

MÜNKLER: Da ist zumindest etwas dran. Immerhin wirft es ein interessantes Schlaglicht auf die neuen Kriege, wenn man sie mit den aggressiven Auseinandersetzungen im weltwirtschaftlichen Kontext vergleicht. Wie die alte Staatenwelt die wirtschaftliche Ordnung wesentlich unter staatlicher Kontrolle hielt, so ist jetzt die globalisierte Welt, in der die Staaten eine sehr viel geringere Rolle spielen, dadurch gekennzeichnet, dass die ökonomischen Imperative sich nicht allein im Wirtschaftsleben verselbstständigt haben, sondern auch im Bereich des Militärischen und der Gewalt auftreten. Man kann beobachten, dass an diesen neuen Kriegen sehr viele wirtschaftliche Akteure beteiligt sind, denen wir sonst in nichtkriegerischen Bereichen begegnen: etwa multinationale Konzerne, die hier ihre Geschäfte um Ölförderlizenzen, Bohrrechte oder was auch immer abwickeln und dabei gerne die „Sicherheitsgarantien" von Warlords und Clanführern vor Ort in Anspruch nehmen.

Neue Kriege mit wirtschaftlichen Akteuren

CONTUREN: Trägt der Prozess der fortschreitenden Globalisierung damit entscheidend zur Erhöhung von Konflikt- und Kriegsgefahren bei?

MÜNKLER: Zunächst einmal ist der Prozess der Globalisierung eine Form der Beschleunigung des Staatszerfalls. Die vielen Staaten, die im Prozess der Dekolonisation in den fünfziger und sechziger Jahren der UNO beitraten, haben dies ja als Staaten eher mit der Prätention der Staatlichkeit als mit einer tatsächlich ausgebildeten Staatlichkeit getan. Zwar gab es begründete Erwartungen, das in Europa entwickelte Modell der Staatlichkeit könne sich im Weltmaßstab durchsetzen. Aber schon in den achtziger Jahren zeigte sich, dass diese Staaten zwischen dem Fortbestehen traditioneller Clanbildungen und der Erosion staatlicher Steuerungs- und Orientierungsfähigkeit durch globale Strukturen gleichsam zerrieben wurden.

Beschleunigung des Staatszerfalls

Was wir heute beobachten, ist häufig ein Kurzschließen der Vergangenheit mit der Zukunft. Örtliche Clanchefs und Warlords verbinden sich mit den Prozessen der Schattenglobalisierung, in denen Warenströme, Dienstleistungen und

Kurzschließen der Vergangenheit mit der Zukunft

auch Gewaltdienstleistungen in Form von Schmuggel illegaler Güter eine Rolle spielen. Das mittlere Ordnungsglied der Staatlichkeit ist unter die Räder gekommen. Darin erkenne ich das Signum der neuen Form von Gewalt in diesen Ländern.

CONTUREN: Wie bewerten Sie die weltpolitischen Folgen dieser Entwicklung?

Entstaatlichung des Krieges

MÜNKLER: Die weltpolitischen Folgen sind in der Tat dramatisch, auch wenn sie nicht in dieser Weise hervortreten. Der Prozess der Entstaatlichung des Krieges, der mit dieser Entwicklung einhergeht, verläuft nämlich schleichend. Im Ergebnis aber hat er – und das wird punktuell an solchen Ereignissen wie dem 11. September 2001 deutlich – ungeheure Auswirkungen. In Osama bin Laden sind wir mit einer Person konfrontiert, die gleichsam das Symbol für die Entstaatlichung und damit Privatisierung des Krieges darstellt.

Asymmetrische Akteure und Konflikte

Klassische Kriege zwischen Staaten sind durch eine gewisse Symmetrie gekennzeichnet. Das heißt, dass jeder eskalierende Schritt, den eine Seite unternimmt, die andere dazu zwingt, ihn in gleicher Weise zu vollziehen oder durch Unterlassung zu signalisieren, dass man an einer weiteren Eskalation nicht interessiert ist. Asymmetrische Akteure aber kämpfen sozusagen mit der Tarnkappe aus dem Stand heraus. Sie vermögen das mit relativ bescheidenen Mitteln ohne lange Vorrüstung. Es genügt ihnen, die Infrastruktur des anzugreifenden Landes zu kennen, über sein Mediennetz informiert zu sein usw., um es effizient treffen zu können. Darin liegt die gefährlichste Herausforderung asymmetrischer Konflikte und das ist am 9. September 2001 schlaglichtartig sichtbar geworden. Die Frage ist, wie die Staatenwelt darauf reagiert und ob sie in der Lage ist, dieser Entwicklung gegenzusteuern, um die positiven Erträge eines staatlichen Monopols auf militärische Gewalt aufrechtzuerhalten.

CONTUREN: Verlieren vor diesem Hintergrund die klassischen Kriegs- und Konflikttheorien ihre Gültigkeit?

Krieg und organisierte Kriminalität

Staaten als Monopolisten des Krieges

MÜNKLER: Nicht alle und nicht in gleichem Maße. Natürlich sind theoretische Vorstellungen, die den Krieg allein als politisches Instrument betrachten, unter der Voraussetzung, dass Krieg und organisierte Kriminalität Verbindungen eingehen, um kriegsähnliche Auseinandersetzungen zu einem Geschäft zu machen, nicht mehr zu halten. In diesem Punkt befinde ich mich im Dissenz mit Erhard Eppler: Er vertritt die Auffassung, dass das, was ich als „neue Kriege“ bezeichne, gar keine Kriege seien, sondern eher eine Art „organisierter Gewalt“ darstelle. Ich bin jedoch überzeugt, dass es – weltgeschichtlich betrachtet – nur eine relativ kurze Phase war, in der Staaten als Monopolisten des Krieges auftraten und Kriege ausschließlich politischen Charakter trugen. So kehren wir gegenwärtig in einen Zustand zurück, der in einer weit angelegten Perspektive der eher wahrscheinliche ist und für uns auf längere Sicht sehr unangenehm werden dürfte.

CONTUREN: Sehen Sie die Gefahr, dass der entstaatlichte Krieg sowohl die Gewaltbereitschaft als auch die Grausamkeit erhöht?

MÜNKLER: Was sich mit der europäischen Geschichte der Verstaatlichung des Krieges verbindet, ist die Einhaltung gewisser Kriegsrechte wie etwa der Respektierung von Nonkombattanten. Auch wenn der Gegner die weiße Fahne zeigt, wechselt er vom Status des Kombattanten in den des Nonkombattanten und das gegen ihn gerichtete Feuer wird eingestellt. Aus meiner Sicht verschaffte sich dieses Kriegsrecht vor allem deshalb Geltung, weil es an eine militär-organisatorische Logik gebunden war, in der die Gewalt auf das Schlachtfeld gelegt war und die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten eine völlig disfunktionale Form der Durchsetzung der politischen Ziele dargestellt hätte. Deswegen war es auch rational, Soldaten, die Gewalt gegen Zivilisten angewandt haben, entsprechend zu bestrafen. Ihr disziplinloses Verhalten untergrub die Operationsfähigkeit der Armee.

Einhaltung gewisser Kriegsrechte

In den neuen Formen des Krieges stellt Disziplin keine Ressource des Erfolgs mehr dar. Im Gegenteil, die Ressource des Erfolgs liegt gerade in der Disziplinlosigkeit. Durch das Massaker wird ein Regime des Schreckens errichtet. So gesehen, ist denn auch die Errichtung von Vergewaltigungs- und Schwängerungslagern, wie das in Bosnien geschah, ein zweckrationales Instrument der ethnischen Säuberung eines Gebietes. Nachdem sich die Disziplinlosigkeit in diesen neuen Kriegen als zweckrationales Mittel zum Erfolg etabliert hat, werden auch Versuche, durch völkerrechtliche Hegungen dieser Entwicklung gegenzusteuern, keine große Chance haben.

Disziplinlosigkeit als Ressource des Erfolgs

CONTUREN: Das heißt, einen Schutz der Zivilbevölkerung gibt es in diesen neuen Kriegen nicht mehr...

MÜNKLER: Die Zahlen, die von verschiedenen Forschungsinstitutionen zu dieser Problematik vorgelegt wurden, sind beeindruckend. Danach waren am Anfang des 20. Jahrhunderts von den im Rahmen von Kampfhandlungen Getöteten und Verwundeten zehn Prozent Nonkombattanten und neunzig Prozent Kombattanten. Am Ende des 20. Jahrhunderts hat sich diese Relation tendenziell umgedreht: Jetzt sind achtzig Prozent der im Rahmen von Kriegsakten Getöteten und Verwundeten Nonkombattanten und nur zwanzig Prozent Kombattanten.

Immer mehr getötete und verwundete Nonkombattanten

Die klassischen Kriege waren dadurch definiert, dass die Chancen, Opfer oder Täter zu werden, gleich verteilt waren. Die neuen Kriege jedoch zeichnen sich dadurch aus, dass es zu einer deutlichen Separierung von Opfern und Tätern kommt, weil die militärische Gewalt eben nicht mehr in Form der Schlacht ausgetragen wird, sondern in Gestalt der Massaker. So ist es für einen jungen Mann in den westafrikanischen Staaten, in Somalia oder in Afghanistan gleichsam eine Entscheidung der rationalen Nutzenmaximierung sich zu

Massaker

bewaffnen und möglichst zu den Soldaten zu kommen, um auf diese Weise weitgehend sicherzustellen, dass er Täter bleibt und zu verhindern, dass er Opfer wird. Wer über keine Waffe verfügt, ist ein geborenes Opfer und nur wer eine Waffe besitzt, dem steht die Möglichkeit offen, seine Bedürfnisse durchzusetzen von der Aneignung von Gütern bis hin zur Befriedigung sadistischer Gelüste. Darin liegt die dramatische psycho-soziale Folge der neuen Kriege.

Dramatische psycho-soziale Folgen

CONTUREN: Halten Sie es für möglich, dass es nach dem Muster Jugoslawiens auch anderswo im südosteuropäischen Raum zu ethnisch-religiös grundierten kriegerischen Auseinandersetzungen kommen könnte?

MÜNKLER: Damit müssen wir immer rechnen. Überall dort, wo es die alten großen Reiche gegeben hat – Donaumonarchie, der südliche Teil des alten Zarenreiches, vor allem das Osmanische Reich – gehen die Demokratisierungsprozesse fast zwangsläufig einher mit Nationalisierungsprozessen. Besonders in Staaten und Gesellschaften mit instabilen Verhältnissen kann es geschehen, dass bestimmte Gruppen die Staatsgewalt an sich zu reißen versuchen, wobei das Spiel der ethnischen Karte mit hohen Prämien versehen ist, lassen sich doch auf diese Weise erhebliche Zugewinne an Macht, Einfluss und Zustimmung erzielen. Indem bestimmte Gruppen oder Politiker das Volk in die Verbrechen involvieren, wird es mitschuldig und ist gezwungen, den Anstiftern die Treue zu halten.

Das Spiel der ethnischen Karte

Infolgedessen muss die Staatengemeinschaft in höchstem Maße darauf bedacht sein, diese durch das Spielen der ethnischen Karte erzielten internen Gewinne mit drakonischen Strafen auszugleichen. Das heißt, sie muss bereit sein, sofort zu intervenieren und die Gewinne zu konterkarieren, weil sonst solche Gewalttaten – und das hat das Beispiel Bosnien deutlich belegt – auch in den Nachbarregionen attraktiv werden. Durch die Errichtung von Flüchtlingslagern verschiebt sich das Gleichgewicht der Bevölkerungsgruppen in den angrenzenden Gebieten und es wird eine Welle der Gewalt ausgelöst. Was in Ruanda zuerst mit der Vertreibung der Tutsi, dann mit der Vertreibung der Hutu an destabilisierenden Effekten nach Uganda, insbesondere aber nach Zaïre und jetzt Kongo getragen wurde, wäre leicht für den Balkan vorstellbar gewesen: Mazedonien war hier der Punkt, an dem es durch die Entsendung westlicher Streitkräfte gelungen ist, den Ausbruch eines richtigen Krieges zu verhindern. Aber grundsätzlich bleibt die Situation prekär. Denn die Bürgerkriegsökonomien funktionieren dort weiter. Unterdrückt wird nur die Gewaltoption, die sich sonst in der gesamten Region bis nach Rumänien und in die Türkei hinein, möglicherweise sogar nach Westen ausgreifend, verbreitet hätte.

Sofort intervenieren

CONTUREN: Worauf führen Sie das Absinken sozialrevolutionärer Motive als Grund für kriegerische oder doch zumindest gewaltsame Auseinandersetzungen zurück?

MÜNKLER: Das ist in der Tat ein bemerkenswertes Phänomen. Wenn man die Armut in der Welt zum Maßstab nimmt, wäre eigentlich zu erwarten, dass sozialrevolutionäre Motive heute eine sehr viel größere Rolle spielen als in den sechziger und siebziger Jahren, weil der Abstand zwischen Arm und Reich, zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern beträchtlich zugenommen hat. Es hat wohl damit zu tun, dass die Erwartungen, die sich mit einer Befreiung im revolutionären Partisanenkrieg verbunden haben, in hohem Maße enttäuscht worden sind. Das Modell Kuba etwa, das in den sechziger Jahren eine ungemein ausstrahlende Attraktivität besaß, hat gewissermaßen die Veralltäglichung des Charismas des Máximo Líder Fidel Castro nicht verkraftet. Was geblieben ist, sind leerstehende Fabriken, verkommene Straßen und Wohnviertel, Verfall, wohin man blickt.

Zunehmernder Abstand zwischen Arm und Reich

Der andere Punkt ist der Umschlag dieser Erwartungen in Afghanistan. Die sowjetische Intervention für die in Kabul installierten Regime wollte die revolutionäre Modernisierung gleichsam von oben durchsetzen. In der Folge dieses Unternehmens aber bildete sich eine überaus starke Form des „Partisanentums der Tradition“ heraus, nämlich der Mudschaheddin, die gegen die „Partisanen der Revolution“, wie sie sich in den sechziger Jahren mit Che Guevara, Castro und anderen formiert hatten, den politischen Diskurs wieder besetzten. So ist der Partisanenkrieg eher zu einer Form der Verteidigung der Tradition geworden als zu einer Beschleunigung revolutionärer Entwicklungen.

Kuba: Veralltäglichung von Castros Charisma

CONTUREN: Stellen die neuen Kriege einen grundsätzlichen Bruch gegenüber denen in der Vergangenheit dar?

Partisanenkrieg: Verteidigung der Tradition

MÜNKLER: In vieler Hinsicht ja. Es gibt keine Schlachten mehr und auch kein militärisch professionalisiertes Personal, das ausschließlich das Geschehen der Kriege bestimmt. Zugleich gibt es aber auch keine Friedensschlüsse mehr, sondern nur mehr Friedensprozesse, die die beteiligten Parteien mühselig auf die Bahn bringen und bei denen es immer wieder zu Rückfällen kommt. Von daher ist die Situation, aus der im 20. Jahrhundert alle Vorstellungen der Kriegsvermeidung und Friedenssicherung erwachsen sind, heute eine grundsätzlich andere. Nicht nur alle klassischen Kriegsvorstellungen sind obsolet geworden, sondern auch alle Friedenskonzeptionen, wie sie von der Friedens- und Konfliktforschung entworfen wurden.

Klassische Kriegsvorstellungen sind obsolet geworden

CONTUREN: Ist es angesichts der neuen Unübersichtlichkeiten überhaupt möglich, Friedenskonzepte zu entwerfen und wie könnten sie ausschauen?

MÜNKLER: Zunächst einmal muss man bereit sein, den Prozess der Deregulierung der Weltwirtschaft anzuhalten und an einigen Punkten zurückzuschrauben. Denn mit der Deregulierung ist auch die private Gewalt attraktiv geworden, die die Mechanismen einer deregulierten Ökonomie für ihre Zwecke ausnützt. Ferner muss klargestellt sein, dass

die Gewinner von Bürgerkriegen weltweit zur Beseitigung der Folgeschäden herangezogen werden, dass also kein Warlord, kein gestürzter Diktator irgendwo in Westeuropa oder in den USA in Ruhe und Frieden sein zusammengerafftes Vermögen konsumieren kann. Und schließlich muss die Weltgemeinschaft bereit sein, durch die Bereitstellung von eigenen Kräften Bürgerkriege oder neue Kriege zu beenden. Darin besteht die neue Last der reichen Länder des Westens. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann verhindert werden, dass solche Konflikte sich tief in die gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen einbrennen und Generationen von Menschen hervorbringen, die nichts anderes können, als Gewalt anzuwenden.

Die neue Last der reichen Länder des Westens